

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:444035-2016:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Frankfurt am Main: Straßentransport/-beförderung
2016/S 243-444035**

Auftragsbekanntmachung – Sektoren

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/25/EU

Abschnitt I: Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main
Kurt-Schumacher-Str. 8
Frankfurt am Main
60311
Deutschland
Kontaktstelle(n): Sylvia Ohrt
Telefon: +49 6921326799
E-Mail: s.ohrt@vgf-fm.de
Fax: +49 6921323336
NUTS-Code: DE712

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.vgf-fm.de

I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://www.had.de/onlinesuche_freeeu.html?SHOWPUB=6442-4

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an folgende Anschrift:

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Kurt- Schumacher- Str. 8

Frankfurt am Main

60311

Deutschland

Kontaktstelle(n): Poststelle

Telefon: +49 6921326799

E-Mail: s.ohrt@vgf-fm.de

Fax: +49 6921323336

NUTS-Code: DE712

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.vgf-fm.de

I.6) **Haupttätigkeit(en)**

Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste

Abschnitt II: Gegenstand

-
- II.1) **Umfang der Beschaffung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
Schienenersatzverkehr für den Umbau der Straßenbahnhaltestelle Bleiweißstraße.
Referenznummer der Bekanntmachung: VGF/Stadt-EU 251/16
- II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**
60100000
- II.1.3) **Art des Auftrags**
Dienstleistungen
- II.1.4) **Kurze Beschreibung:**
Bereitstellen eines Schienenersatzverkehrs.
- II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**
- II.1.6) **Angaben zu den Losen**
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
- II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**
60130000
60172000
- II.2.3) **Erfüllungsort**
NUTS-Code: DE712
Hauptort der Ausführung:
Frankfurt am Main, Offenbacher Landstraße.
- II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**
Bereitstellen eines Schienenersatzverkehrs
Die Ausschreibung erfolgt durch die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main (VGF) für:
— 30 % der Leistung für die
Stadtwerke Verkehrsgesellschaft,
Frankfurt am Main mbH,
Kurt-Schumacher-Str. 8,
60311 Frankfurt am Main.
— 70 % der Leistung durch die VGF
im Namen und auf Rechnung der
Stadt Frankfurt am Main,
Amt für Straßenbau und Erschließung,
Adam-Riese-Straße 25,
60327 Frankfurt am Main.
- II.2.5) **Zuschlagskriterien**
Die nachstehenden Kriterien
Preis
- II.2.6) **Geschätzter Wert**
- II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**
Beginn: 24/04/2017
Ende: 26/01/2018

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**
Optionen: nein

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Eintragung in das Berufsregister Ihres Sitzes oder Wohnsitzes wird vorausgesetzt.

Alle weiteren Kriterien sind dem Formular „Eigenerklärung zur Eignung“ zu entnehmen.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Mit dem Offenen Verfahren sind folgenden Unterlagen einzureichen:

1) Eigenerklärung zur Eignung

2) Angabe zu dem durchschnittlichen Jahres-Nettogesamtumsatz (in EUR) des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Jahren, bezogen auf die ausgeschriebene Leistung.

(Mindestkriterium für Umsatz 3 000 000 EUR brutto pro Jahr).

3) Angaben von 3 Referenzen bezogen zur ausgeschriebenen Leistung.

Die Mindestkriterien für die Referenzleistungen sind, dass diese sich über einen Zeitraum von jeweils mindestens 20 Wochen erstreckt haben müssen. Sollte der Bieter derartige Referenzen nicht vorweisen können, so reicht alternativ zu je fehlender Referenz der Nachweis, dass in Summe über mindestens 40 Wochen pro Jahr ähnliche Leistungen erbracht worden sind. Bei keiner vorliegenden Referenz gemäß o. g. Kriterien, wären demnach ähnliche Leistungen in drei Jahren mit je 20 Wochen nachzuweisen. Der Erbringungszeitraum der Referenzen darf nicht älter als 3 Jahre sein.

4) Die Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Berufs- bzw. Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal.

5) Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes.

6) Angabe, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.

7) Angabe, ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet.

8) Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt.

9) Angabe, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt ist, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterliegen.

10) Abschluss (und Aufrechterhaltung während der Ausführung des Auftrages) einer Haftpflichtversicherung für das Bieterunternehmen mit einer Mindestdeckungssumme von 5 000 000 EUR pauschal für Personenschäden

und Sachschäden – 2-fach max. p. a. - 100 000 EUR für Vermögensschäden – 1-fach max. p. a. sowie einer Umwelthaftpflichtversicherung von mindestens 5 000 000 EUR pauschal für Personen-, Sach- und Vermögensschäden 1-fach max. p. a. durch den Bieter / Auftragnehmer für den Fall der Auftragserteilung. Eigenerklärung des Bieters, im Falle der Auftragserteilung, den geforderten Versicherungsumfang abzuschließen und während der Ausführung des Auftrages aufrecht zu erhalten. Vorlage mit dem Angebot der Kopie der Versicherungspolice über den zurzeit bestehenden Versicherungsumfang der Haftpflichtversicherung für das Bieterunternehmen.

Bei Bietergemeinschaften:

Beim Nachweis der Haftpflichtversicherung (Ziffer 10) ist zu beachten, dass von dieser alle Schäden in der angegebenen Höhe gedeckt werden, unabhängig davon, welches Mitglied der Bieter-/ Arbeitsgemeinschaft den Schaden verursacht hat.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Allgemeine Hinweise:

Bei Bietergemeinschaften: Die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit der Bietergemeinschaft wird anhand der insgesamt von der Bietergemeinschaft vorgelegten Unterlagen bewertet.

Bei Nachunternehmern:

Der Bewerber/eine Bietergemeinschaft kann sich zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten von anderen Unternehmen stützen, unabhängig von dem Rechtsverhältnis, in dem die Unternehmen oder Bietergemeinschaft zu dem anderen Unternehmen stehen. In diesem Fall muss das Unternehmen oder die Bietergemeinschaft mit dem Angebot nachweisen, dass ihm oder ihr die Mittel zur Verfügung stehen, die für die Erfüllung des Auftrags erforderlich sind.

Dies kann unter anderem durch entsprechende Verpflichtungserklärungen des oder der anderen Unternehmen erfolgen. Geforderte Eignungsnachweis, die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u. a. HPQR) vorliegen, sind im Rahmen ihres Erklärungsumfangs zulässig.

3) Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) ist abzugeben.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

III.1.4) **Objektive Teilnahmeregeln und -kriterien**

Auflistung und kurze Beschreibung der Regeln und Kriterien:

1) Mit dem Angebot sind alle gemäß dem Formular „EU Anforderung zur Angebotsabgabe“ angekreuzten Anlagen einzureichen.

2) Eigenerklärungen und Nachweise sind mit dem Angebot vollständig und vollständig ausgefüllt einzureichen. Das Fehlen der geforderten Eigenerklärungen und Nachweise kann zum Ausschluss führen. Bei Nichtvorlage / Nichtabgabe der geforderten Nachweise und Erklärungen behält sich die Vergabestelle vor, die geforderten Nachweise nachzufordern. Fehlen die Unterlagen nach Ablauf der gesetzten Nachfrist, wird das Angebot zwingend ausgeschlossen. Hinsichtlich weiterer Ausschlussgründe wird auf § 123 und 124 GWB verwiesen.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.1.6) **Geforderte Kautionen oder Sicherheiten:**

Der Auftraggeber behält sich vor eine Vertragserfüllungsbürgschaft einer in Deutschland zugelassenen Großbank, öffentlich-rechtlichen Bankanstalt oder eines Kreditversicherers unter Verzicht auf die Einreden der Aufrechenbarkeit, der Anfechtbarkeit und der Vorausklage (§§ 770, 771 BGB) in Höhe von mindestens 10 % der Bruttoauftragssumme als Vertragserfüllungsbürgschaft. Die Vorlage der Vertragserfüllungsbürgschaft erfolgt im Auftragsfall in Höhe von 5 % der Bruttoschlussrechnungssumme, unverzinslich. Die Vorlage dieser Bürgschaft erfolgt nach der durchgeführten Abnahme der Leistungen.

- III.1.7) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf Vorschriften, in denen sie enthalten sind:**
- III.1.8) **Rechtsform, die die Unternehmensgruppe, der der Auftrag erteilt wird, haben muss:**
Eine bestimmte Rechtsform ist nicht erforderlich. Zwingende Voraussetzung für die Auftragserteilung an eine Bietergemeinschaft ist jedoch die Erklärung der Gesamtschuldnerschaft (§ 421 BGB).
- III.2) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**
- III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**
Durch die Bieter ist ein Nachweis über das Vorhandensein einer Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetz vorzulegen.
- III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Abschnitt IV: Verfahren

- IV.1) **Beschreibung**
- IV.1.1) **Verfahrensart**
Offenes Verfahren
- IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**
- IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**
- IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**
- IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein
- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**
- IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**
Tag: 26/01/2017
Ortszeit: 11:00
- IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
- IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**
Deutsch
- IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 24/03/2017
- IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**
Tag: 26/01/2017
Ortszeit: 11:00
Ort:
Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Kurt-Schumacher-Str. 8, Poststelle, 60311 Frankfurt am Main.
Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren:
Nur Abgabe, es findet keine Verlesung statt.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

1) Bei der Abgabe des Angebotes in schriftlicher Form ist dies vom Bewerber 2-fach schriftlich einschließlich aller geforderten Erklärungen und Dokumente (Kopien reichen aus) zu erfolgen.

Bei ausländischen Bewerbern genügen gleichwertige Bescheinigungen des Herkunftslandes. Bei Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizulegen. Angebote sind eigenhändig und rechtsverbindlich zu unterzeichnen. Im Falle von Bietergemeinschaften sind Angebote von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft oder dem bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen.

2) Die in den Ziffer III.1.2) bis III.1.4) der Bekanntmachung benannten Erklärungen und Nachweise sind mit dem Angebot vollständig einzureichen. Der Auftraggeber behält sich vor, Erklärungen und Nachweise, die bis zum Ablauf der Frist für den Eingang der Angebote (Ziffer IV.2.2) der Bekanntmachung) nicht vorgelegt wurden, bis zum Ablauf einer von ihm zu bestimmenden Nachfrist anzufordern. Fehlen die Erklärungen und Nachweise nach Ablauf einer gesetzten Nachfrist noch immer, wird der Bewerber zwingend ausgeschlossen.

3) Im Falle einer Beauftragung ist der Bieter verpflichtet, die von ihm zu erbringende Betriebsleitung gemäß PBefG unter Einhaltung des Fahrplans oder der besonderen Anordnung durch den Auftraggeber durchzuführen. Im Übrigen hat der Auftragnehmer alle sachlichen und personellen Mittel für die ihm beauftragte Betriebsleistung zu stellen. Eine Übertragung der Leistung oder Teile der Leistung durch den Auftragnehmer auf Dritte ist ohne Zustimmung des Auftraggebers nicht gestattet. Für die Erlangung dieser Zustimmung haben Sub- bzw. Drittunternehmen sowohl die Bedingungen aus Punkt III.2.2) als auch die notwendigen technischen und gesetzlichen Voraussetzungen zur Erbringung der Leistung zu erfüllen. Diese Nachweise sind mit der Angebotsabgabe miteinzureichen.

4) Im Falle einer Beauftragung ist der Bieter für die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften über die Arbeits-, Lenk- und Ruhezeiten verantwortlich. Unbeschadet dieser Verpflichtung des beauftragten Bieters hat der Auftraggeber das Recht, die Einhaltung dieser Vorschriften durch Kontrollen der Fahrerkarten gemäß 55 Fahrpersonalverordnung (FpersV), soweit das Fahrpersonal darüber verfügt, jederzeit zu überprüfen. Alle Fragen, die mit der vorliegenden Vergabe in Zusammenhang stehen, sind ausschließlich schriftlich oder per E-Mail – bis zum 18.1.2017 an die vorstehend genannte Adresse zu richten. Die Vergabestelle wird entscheiden, ob Rückfragen gegebenenfalls für alle Bewerber relevant sind und in diesem Fall sämtliche Bewerber entsprechend informieren.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2
Darmstadt
64283
Deutschland
Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2
Darmstadt
64283

Deutschland

Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

§ 107 GWB Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 7 GWB durch die Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist dazulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die auf Grund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung angegebenen Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

Darmstadt

64283

Deutschland

Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

13/12/2016